

Unser Standpunkt

Wer kümmert sich um ethische Fragen in der Medizin?

Ob Sterbehilfe oder Präimplantationsdiagnostik: Auch Ärzte vertreten damit in Zusammenhang stehende Werte und ethische Bedenken in der Öffentlichkeit. Selbst die Politik sucht den Rat dort, wo die Probleme entstehen. Nichts liegt daher näher, als dass sich auch die Sächsische Landesärztekammer den drängenden Fragen von Ethik in der Medizin stellt. Die 30. Vorstandssitzung am 9. Januar 2002 hat sich deshalb in einem Schwerpunkt mit möglichen Arbeitspunkten beschäftigt. Dabei wurde von allen Vorstandsmitgliedern diesem Thema eine aktuelle und für die Zukunft der Gesellschaft große Bedeutung beigemessen. Schon auf der letzten Kammerversammlung im November 2001 standen ethische Fragen auf der Tagesordnung. Bereits damals wurde ein Informationsbedarf seitens der Ärzteschaft signalisiert. Neben einer öffentlichen Diskussion geht es den Ärzten auch um Hilfestellungen in der täglichen Praxis beim Umgang mit Sterbenden. Der Vorschlag zur Gründung einer entsprechenden Arbeitsgruppe ist nun in der Vorstands-

sitzung wieder aufgegriffen worden. In einer sachlichen Diskussion kamen die Vorstandsmitglieder zu dem Entschluss, dass sich eine solche Arbeitsgruppe in erster Linie mit ethischen und medizinischen Grenzfragen beschäftigen sollte. Damit es nicht zu einseitigen Betrachtungs- und Argumentationsweisen kommt, soll die Arbeitsgruppe paritätisch mit Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen besetzt werden. Neben Ärzten sollen auch Theologen, Philosophen, Juristen, Patientenvertreter und Politiker für die Arbeit in einer solchen Arbeitsgruppe angesprochen werden.

Erst rote, dann grüne Pillen

Ein zweiter wichtiger Diskussionspunkt in der Vorstandssitzung war auch das geplante Arzneimittelausgabenbegrenzungsgesetz von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD). Einhellig ist der Vorstand in Bezug auf Aut-idem der Ansicht, dass der Angriff auf die Therapiehoheit der Ärzte zur Kostenreduzierung im Gesundheitswesen ein untaugliches Mittel ist, um die gewünschten Einsparungen zu erreichen. Eine Regierung,

die sich mit 400 Mill. DM von der Pharmaindustrie „kaufen“ lässt, macht sich in Bezug auf wirkliche Reformen im Gesundheitswesen zum Wohle des Patienten unglaubwürdig. Das Vertrauen eines Patienten, ob Kind oder Greis, zu seinem behandelnden Arzt wird durch die geplante Regelung nachhaltig beschädigt, denn wenn jemand erst rote und dann grüne Pillen nehmen soll, obwohl die Krankheit die gleiche geblieben ist, dann führt das mit Gewissheit zu erheblichen Irritationen. Ähnlich ablehnend steht der Vorstand dem Vorschlag von Einzelverträgen zwischen Krankenkassen und Ärzten gegenüber. Nur die Kassenärztliche Vereinigungen können den Sicherstellungsauftrag garantieren. Krankenkassen besitzen schon allein durch ihre Anzahl (ca. 400) nicht die notwendige Regelungskraft. In weiteren Gesprächen mit der Politik soll auf die Bedenken der Ärztekammer aufmerksam gemacht werden. Besondere Bedeutung kommt an dieser Stelle dem „Sächsischen Bündnis Gesundheit 2000“ zu.

Der Vorstand der Sächsischen Landesärztekammer